

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das **Wilsdruffer Tageblatt** ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weixen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rosßen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Preis: 20 Pf. — 1/2 J. 1.00 — 1/4 J. 0.60 — 1/2 J. 1.10 — 1 J. 2.00 — 1/2 J. 1.10 — 1/4 J. 0.60 — 1/2 J. 1.10 — 1 J. 2.00 — 1/2 J. 1.10 — 1/4 J. 0.60 — 1/2 J. 1.10 — 1 J. 2.00

Nr. 271. — 87 Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 20. November 1928

## Wo stehen wir?

Der Deutsche Reichstag wird sich in diesen Tagen wieder einmal ausführlich mit der außenpolitischen Lage des Reiches beschäftigen. Da erscheint es angebracht, noch einmal kurz die Situation zu kennzeichnen, die wir im Augenblick auf diesem Gebiet vorfinden. Hierbei muß festgestellt werden, daß irgendwelche Erleichterungen der außenpolitischen Spannungen durch die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes bisher kaum zu verspüren waren, weil Europa in der Frage der Abrüstung um keinen Schritt vorwärts gekommen ist, durch Veröffentlichung des schließlich doch gescheiterten englisch-französischen Marineabkommens jene Spannungen mit Amerika eher noch verschärft wurden.

## Räumung — Abrüstung — Reparationen

### Deutschlands außenpolitische Lage.

Rede Stresemanns im Reichstage. Berlin, 19. November.

Wenn des Reiches Außenminister zum erstenmal nach Herstellung von monatelanger Krankheit wieder im Reichstag erscheint und sofort das Wort nimmt zu einer Darlegung über die auswärtige Politik, so ist das selbstverständlich ein besonderes Ereignis. Die Abgeordneten schienen etwas anderer Meinung zu sein, denn man kann nicht behaupten, daß sie in großer Hitze die heiligen Hallen des Parlamentes bevölkert hätten. Sowohl bei den Deutschnationalen rechts als

### Sitzungsbericht.

(17. Sitzung.) Ob. Berlin, 19. November.

Am Regierungstisch: Reichsaußenminister Dr. Stresemann und weitere Mitglieder des Kabinetts. In der Diplomatensloge bemerkt man zahlreiche Vertreter fremder Mächte. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Feid (Nat.-Soz.), daß die Presse-mitteilungen, wonach die Nationalsozialisten gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Auswärtigen-Verträge zugunsten der Ausgepörrchen gestimmt hätten, nicht richtig sei. Die Nationalsozialisten hätten vielmehr trotz Ablehnung ihrer Anträge für die Ausschüsse gestimmt.



Dr. Stresemann.

zum radikalen Flügel auf der Linken klaffen große Fäden und sich auch in der Stimmanwendung schonungsvoll äußerte. Er unterrichtete seinen Dank an den Reichskanzler für die Verwertung in Genf mit der Erklärung, daß er für alle Schritte, die von der Reichsregierung in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiete geschehen seien, die volle Verantwortung übernehme, und zwar nicht nur formal, sondern auf Grund tiefster Überzeugung. Etwas angeregt wurde die laute Stimmung im Hause, als Stresemann erklärte, die davorstehende Aufgabe fremder Truppen auf deutschem Gebiet bilde einen scharfen Gegensatz zu der angeblichen neuen internationalen Politik der letzten Zeit. Daß Genf eine Enttäuschung für die Deutschen gewesen sei, gab der Minister ohne weiteres zu. Die von den Verhandlungsgegnern beliebte Haltung bedeutete keine Förderung der gemeinsamen Interessen der Völker Europas, als Stresemann Deutschlands Anspruch auf die Räumung der besetzten Gebiete feststellte. Anspruch ohne politische Belastungen irgendwelcher Art, ohne finanziel vermehrte Opfer. Keine Einschränkung der Verwendung in der Richtung nach dem Osten und nach Libanon für Deutschland das selbsterwartende. Die Reparationsfrage kann nur gelöst werden frei von politischen Gesichtspunkten und darf nur wirtschaftliche Erwägungen in den Vordergrund stellen. In diesem Punkte darf mir das geschehen, was das deutsche Volk ohne Gefährdung seiner Lebenshaltung trägt. Mit einer Anerkennung für den vollzogenen Kellogg-Pakt schloß Stresemann seine Ausführungen, denen fast die gesamten Vertreter der Auswärtigen Mächte auf der Tribüne mit Aufmerksamkeit folgten.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik in Verbindung mit der Beratung von Anträgen und Interventionen über Angelegenheiten des besetzten Gebietes. Präsident Lohse erteilt sofort dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärt, es gereiche ihm zur Freude, dem nach langer Krankheit genesenen Reichsaußenminister das Wort erteilen zu dürfen.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

begann seine Rede mit einem Dank an den Reichskanzler, der ohne Jögern seine Bitte erfüllt habe, an Stelle des verstorbenen Außenministers die deutsche Delegation in Genf zu führen. Mit meinem Dank, so erklärte der Minister weiter u. a., möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiete getan worden sind, meinerseits die volle Verantwortung mit übernehme, und zwar nicht nur nach der formalen Seite hin, sondern auch auf Grund der übereinstimmenden Anschauungen. Besonders drei große und lebenswichtige Fragen der Außenpolitik:

Die Räumungsfrage, die Frage der Abrüstung und vor allem die der Lösung der Reparationsfrage. Die deutsche Regierung hat vor der diesjährigen Völkerbundversammlung die beteiligten Regierungen unterrichtet, daß sie beabsichtige, in Genf

offiziell aufzutreten. Nicht nur Deutschland, sondern weiteste Kreise des Auslandes empfänden die heute noch fortwährende Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiet als einen trassen Gegensatz zur Entschärfung der internationalen Politik in den letzten Jahren. (Leb. Zustimmung.) Über die Beurteilung des Ergebnisses von Genf sind wir uns wohl einig: es war für das deutsche Volk

eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind. (Leb. Zustimmung.) Unsere Verhandlungsgegner haben eine Auffassung vertreten, die wir rechtlich nicht anerkennen können und die politisch der Gegenwart zu einer Förderung der gemeinsamen Interessen der beteiligten Völker ist. (Sehr wahr!) Deutschland wird unbeirrt dabei verharren, daß es einen

### Anspruch auf alsbaldige Räumung des gesamten besetzten Gebietes

hat und daß dieser Anspruch weder von der Lösung anderer Probleme noch von sonstigen Bedingungen irgendwelcher Art abhängt. Deutschland wird in seinem Recht verbleiben, solange dieser Anspruch nicht erfüllt ist. Es kann deshalb für uns nicht in Betracht kommen, für die Räumung politische Belastungen in irgendwelcher Art auf uns zu nehmen. Ebenso wenig können wir die Räumung mit Gegenleistungen finanzieller Art erkaufen. Ich stelle mit Genehmigung fest, daß noch vor wenigen Tagen auch von maßgebender britischer Seite grundsätzlich anerkannt wurde, daß Räumungs- und Reparationsfrage zwei völlig getrennte Dinge sind. (Lebhafter Zustimmung.)

Man wird auch im Ausland nicht darüber im Zweifel sein, daß in den Augen des deutschen Volkes ohne Unterschied der Parteien der bisherige Verlauf der Räumungsverhandlungen das Vertrauen auf den guten Willen der Gegenheit ernstlich beeinträchtigen muß. Die freundlichen und zum Teil herzlichen Worte an Deutschland verlieren ihr Echo in Deutschland, wenn die moralische Ränderung fehlt, die durch die Anwesenheit der fremden Besatzungen verhindert wird. Der Minister erwähnte

die französischen Mandate auf deutschem Gebiete und erklärte: Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß auch der Geist der Befragung in den Rheinlanden einen Rückschlag erfahren hat. Im Zusammenhang mit der Erwähnung der Kritik der deutschen Außenpolitik führte der Minister aus, er halte es trotz des Rückschlages für notwendig, in voller Öffentlichkeit weiter für die konsequente Fortführung der bisherigen deutschen Außenpolitik einzutreten. Ich kenne, so betonte er, keine festen Bindungen an einzelne Großmächte, die gelöst werden müßten, um uns die notwendige Bewegungsfreiheit zur friedlichen Verständigung mit anderen Mächten zu verschaffen. Die Politik, die wir trieben, hat nur die Verstärkung und Neubestimmung der Beziehungen zu allen Weltmächten im Übersee und im Osten, zu mittleren und kleineren Staaten geschaffen. Ich habe, so erklärte der Minister weiter, nicht nur auf dem Standpunkt, daß allein eine

Politik der friedlichen Verständigung auch mit unseren früheren Gegnern absolute Notwendigkeit für Deutschland ist, sondern ich bin davon überzeugt, daß jeder Außenminister und jede Regierungskoalition durch den Zwang der realen Erwägungen gezwungen wäre, dieselbe Einstellung zu nehmen, wenn sie sich nicht an der Existenz des Reiches verunsichern wollten. In der

Außer und Händelkassinen von der rechten Seite der Danubius trat der Zentrumsmann Kaas an das Rednerpult und begann seine mit sozialpolitischen Wünschen gefüllte Rede.

Gelingenheit hierzu werden ihm die Verhandlungen für die Revision des Dawes-Planes geben deren Richtlinien von der Gegenseite schon ziemlich genau festgelegt sind. Noch Genaueres hierüber dürfte die außenpolitische Debatte im Deutschen Reichstag wohl zu Tage fördern, ebenso wie nun auch der deutsche Standpunkt der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck kommt. Streitfragen genug liegen ja hier vor und besonders über das eine, von dem viel zuwenig gesprochen wird, nämlich die Frage der Rheinlande-räumung. Hier sind Hoffnungen erweckt worden durch die letzte Genfer Konferenz, Hoffnungen, die allerdings gefährdet werden können, wenn ihre Erfüllung an das Resultat der kommenden Reparationskonferenz geknüpft wird. Hierzu liegen aber schon Anzeichen vor und es bedeutet im Verhandlungsfall einen starken Druck auf Deutschland, wenn diese Verbindung nicht von vornherein verhindert wird.

Die Entscheidung über alle diese Dinge ist aber nicht von heute auf morgen zu erwarten und gerade zurzeit ist alles noch völlig im Flusse. Man wird es auch nicht übersehen, wenn vor der Konferenz nun von der Gegenseite eintritt mit der Festlegung ihrer Standpunkte durch Überreichung von Denkschriften aller Art gearbeitet wird während doch diese Arbeit eigentlich der Konferenz selbst überlassen werden sollte. Wenn es Deutschland auch gelingen zu sein scheint, durch die ersten Verhandlungen die Konferenz nicht von Regierungsbeauftragten, sondern von unbeeinflussten Sachverständigen befragen zu lassen, so wird dieser Erfolg zweifellos verheimlicht durch den Versuch der Gegenseite, gebundenen Marchonten festzuliegen. Es ist daher ernstlich, feststellen zu können, daß Amerika mit diesem Vorgehen ganz und gar nicht einverstanden ist, sondern auch dem Vorhaben scharf widersprochen hat, das Kapital der internationalen Schulden mit dem der Reparationszahlungen zu verknüpfen. Das ist insofern entscheidend, als die Alliierten selbst auf den guten Willen Amerikas anzurechnen sind, weil sie ja den amerikanischen Weltmarkt sehr stark in Anspruch nehmen wollen. Die deutsche Außenpolitik würde also gut damit fahren, diese verhältnismäßige Gunst der jetzigen Lage entsprechend auszunutzen.

## Das britische Reparationsmemorandum überreicht.

London, 19. November. Das Memorandum der britischen Regierung in der Reparationsfrage als Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 30. Oktober ist am Montag dem deutschen Botschafter in London überreicht worden.

## Marschall Tschanghsueliang ermordet?

Tokio, 19. November. Wie die japanische Presse aus Wulben meldet, soll Marschall Tschanghsueliang am Sonntag in Wulben ermordet worden sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht von chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor. Auf chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor. Auf chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor. Auf chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor.